

## **Die Berliner Wahl zeigt: Politik und Gesellschaft lassen junge und benachteiligte Menschen links liegen – und überholen sie von rechts**

Ein Plädoyer für adäquate Analysen und konstruktive Lösungen statt rassistischer Instrumentalisierung und autoritären Sehnsüchten

cultures interactive e.V., 28. Februar 2023

Die Ergebnisse der vergangenen Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses waren wohl – wenn auch in der Tendenz absehbar – in der Deutlichkeit überraschend. Allerorts ist von einem historischen Wahlsieg der CDU die Rede, während die bisher amtierende rot-grün-rote Regierung abgestraft wurde. Und tatsächlich lassen die Ergebnisse nur schwerlich eine andere Interpretation zu.

Darüber hinaus zeigt sich: Die bundesdeutsche Hauptstadt ist gespalten. Hierbei verlaufen die Spaltungslinien unter anderem zwischen Stadtzentrum und Außenbezirken, aber auch – und hiervon ist weniger die Rede – zwischen Jung und Alt. Betrachtet man die Wahlergebnisse der 18- bis 24-Jährigen, zeichnet sich ein deutlich anderes Bild ab, als das, welches wir am 12. Februar 2023 in den ersten Hochrechnungen sahen: Denn von den jungen Leuten wählten 22 Prozent grün und 18 Prozent die Linkspartei, während die CDU auf 12 und die SPD auf 11 Prozentpunkte kamen.<sup>1</sup>

Ein Blick auf diese Spaltungslinie lohnt sich umso mehr, da in diesem Wahlkampf weniger *für* als vielmehr *gegen* junge Menschen Politik gemacht wurde. Während Klimaschutz, der in erster Linie die jüngere Generation beschäftigt,<sup>2</sup> und eine damit einhergehende Verkehrswende die dominanten und teils stark emotionalisierten Themen dieses Wahlkampfes waren, eröffneten die Bilder der Silvesternacht in Neukölln und anderen „sozialen Brennpunktbezirken“ plötzlich einen neuen Diskurs, der kurz vor der Wahl von zahlreichen Politiker\*innen auf Bundes- und Landesebene willig aufgegriffen wurde. Den Höhepunkt stellte die Rede von den „kleinen Paschas“ dar, die der CDU-Parteichef im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zum Besten gab.

Wie stark der Einfluss dieses Diskurses um die Neuköllner Silvesternacht im Vorfeld der Wahl war, legen auch die folgenden Daten nahe: 87 Prozent der CDU-Wähler\*innen gehen davon aus, dass die Partei ihrer Wahl „besser für Recht und Ordnung sorgen würde“ und 83 Prozent

---

<sup>1</sup> Quelle: infratest dimap

<sup>2</sup> Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Umfrage-Klima-spielt-fuer-aeltere-Waehler-kaum-Rolle-article22779230.html>

„finden es gut, dass sie Probleme mit Zuwanderern klar benennt“<sup>3</sup>. Es scheint also nicht ganz unbegründet, zu behaupten, dass eine direkte Verbindung zwischen den Ereignissen der Silvesternacht, der Rede von „kleinen Paschas“ und dem Wahlergebnis liegt. Im Umkehrschluss bedeutet das: Ein großer Teil der Berliner Wahlberechtigten scheint für jugend- und migrationsfeindliche Ressentiments empfänglicher zu sein als für die Bearbeitung der tatsächlichen Ursachen dessen, was sich in Neukölln und anderswo abgespielt hat. Dabei wäre hier eine Debatte um Marginalisierung, soziale Ungleichheit, gewaltsame Männlichkeit und reale Ohnmachtserfahrungen zu führen anstatt über Phänotypen und Vornamen. Denn die Reaktion auf die fraglos verwerflichen Taten der Silvesternacht darf sich nicht darin erschöpfen, dass große Teile der Gesellschaft es empört ablehnen, die Hintergründe dieses Verhaltens zur Kenntnis zu nehmen und die Umstände der Taten nicht mehr umfassend analysieren zu wollen. Schlimmer noch, die besorgniserregenden Ausschreitungen der Jugendlichen werden umstandslos für populistische Wahlkampf-Interessen ausgenutzt, die den Schaden noch vergrößern.

Der Bezug der Silvesternacht zur Wahl ist aber nicht nur eine diskursiver, sondern wiederum eine wahl-strategischer und auch ein juristischer: Denn bei genauerer Betrachtung offenbart sich, dass mit denjenigen, über die im Anschluss an die Silvesternacht so viel geredet wurde (vollkommen unabhängig davon, ob es sich hierbei um eine adäquate Tätergruppenbeschreibung handelt!), jedenfalls keine Wahl zu gewinnen ist: 23 Prozent der volljährigen Berliner\*innen dürfen nicht wählen, weil sie keinen deutschen Pass haben, und weiteren 13 Prozent der Bevölkerung ist der Gang zur Urne verwehrt, weil sie minderjährig sind<sup>4</sup>. Es kann jedenfalls kaum davon die Rede sein, dass diese Wahl, die zudem eine Wiederholungswahl war, für die Berliner Bevölkerung wirklich repräsentativ gewesen wäre. Das macht die Notwendigkeit einer ernsthaften Debatte über das Einbürgerungsrecht und das Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr nur umso deutlicher.

Die genannten Zahlen erwecken den Eindruck, dass sich Menschen, die ohnehin nicht am demokratischen Geschehen partizipieren dürfen, hervorragend als Sündenböcke eignen. Denn von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die meist nur Objekt und eben nicht Subjekt politischer Entscheidungen sind, sind auch keine negativen Auswirkungen auf Wahlen zu befürchten. Wenn aber politische Funktionsträger\*innen aus dem ganzen Bundesgebiet keine Gelegenheit auslassen, den Bezirk Berlin-Neukölln, in dem jahrelang eine rechtsextreme Anschlagserie für Angst und Schrecken sorgt, derart zur Projektionsfläche für alle Verfehlungen der Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik zu machen, dann hat das auf die jungen Leuten

---

<sup>3</sup> Quelle: Infratest dimap

<sup>4</sup> Und von den Wahlberechtigten haben rund 65% den Gang zur Urne angetreten.

vor Ort fatale Wirkungen. Nicht wirklich verwunderlich ist dann, wenn manche Kinder und Jugendliche keinen allzu großen Respekt und kaum anständiges Verhalten gegenüber all dem zeigen, was sie mit dem Staat assoziieren. Und noch weniger kann es wunder nehmen, wenn die vielen Menschen, die mit den Silvesterkrawallen überhaupt nichts zu tun hatten, aber schlichtweg den „falschen“ Vornamen oder „Phänotyp“ haben, sich nicht mit Staat und Gesellschaft identifizieren.

Unsere Erfahrung aus der Arbeit mit jungen Menschen in Neukölln und anderswo, auch im ländlichen Raum Ostdeutschlands, zeigt hingegen, wie wichtig es ist, Jugendlichen, gerade solchen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, Möglichkeiten der Gestaltung und Partizipation zu geben. Gelegenheiten zu bieten, Demokratie auch im Kleinen zu leben und über die Themen zu sprechen, die sie bewegen, ist von großer Bedeutung. Denn nur so kann man auch über – eventuell zu problematisierende – Ansichten, Haltungen und Handlungen ins Gespräch kommen. Dass Armut, struktureller Rassismus und unzureichende soziale Infrastruktur hierfür maßgebliche Hürden darstellen, wird unmittelbar einleuchten. Es braucht aber auch passgenaue Angebote für Jugendliche in verschiedenen Lebenssituationen, ein ausreichend ausgestattete Jugend- und Straßensozialarbeit sowie innovative, kostenfreie Bildungs- und Freizeitangebote. Das sind alles keine neuen Forderungen, im Gegenteil: Sozialarbeiter\*innen, Lehrkräfte und (politische) Bildner\*innen kämpfen seit vielen Jahren hierfür. Dass solche Anliegen durch politisch Verantwortliche meist nur gehört werden, wenn ein singuläres Ereignis politischen Druck auslöst, ist entsprechend enttäuschend. Insofern erwarten wir, dass Themen und Anliegen der Jugend- und Bildungsarbeit sowie die Warnungen von Sozialarbeiter\*innen, Pädagog\*innen und Psycholog\*innen endlich auch dann ernst genommen und langfristig mitgedacht werden, wenn es gerade nicht politisch opportun ist.

Ein erster Anfang wäre bereits gemacht, wenn die Ausschreitung der Silvesternacht nicht genutzt würden, um mit kulturalisierenden und teils rassistischen Pauschalisierungen auf Stimmenfang zu gehen und autoritären Sehnsüchten nachzugeben. Stattdessen wäre eine differenzierte Analyse, die neben den sozialstrukturellen Bedingungen die Erkenntnisse der Gewaltforschung, die Stimmen von erfahrenen Fachkräften der Jugend- und Bildungsarbeit und nicht zuletzt auch der jungen Menschen selbst mit einbezieht, wünschenswert. Eine solche Debatte würde das nicht zu entschuldigende aggressive Verhalten Einzelner nicht mit Doppelstandards messen und denjenigen Menschen, über die so viel geredet wird, zumindest die Möglichkeit geben, auch sprechen zu dürfen. Aus dem diffamierenden Sprechen über andere könnte so ein gemeinsames Gespräch werden, das nicht zu leugnende Herausforderungen endlich in Angriff nimmt.